

Warten, bis der Notarzt kommt

Immer mehr Menschen sind nicht krankenversichert. Beim Versuch, Sozialmissbrauch zu vermeiden, hat der Staat viele aus der Solidargemeinschaft gedrängt, die den Schutz dringend benötigen. Ein Team von Gesundheitsökonomien* zeigt Alternativen auf. Ideallösung: eine „Versicherungspflicht für die gesamte Wohnbevölkerung“.

Eine Studentin geht längst nicht mehr zur Uni – bleibt aber noch ein paar Semester eingeschrieben, um unter den billigen Studenten-Tarif zu fallen. Ein junger Angestellter wechselt in die private Krankenversicherung und reduziert kurz vor der Rente Arbeitszeit und Einkommen, um für den Rest seines Lebens in die gesetzliche Krankenversicherung zurückzukehren. Solchen Modellen hat der Gesetzgeber in den vergangenen Jahren etliche Riegel vorgeschoben: Wer mehr als 14 Semester oder 30 Lebensjahre auf dem Buckel hat, kann sich gesetzlich nur noch zu einem höheren Tarif versichern. Und wer älter als 55 ist, kommt von der privaten nur dann in die gesetzliche Krankenversicherung zurück, wenn er in der zweiten Hälfte seines Erwerbslebens zu mindestens 90 Prozent in der „Gesetzlichen“ war.

So soll verhindert werden, dass Menschen „im Alter den Schutz der Solidargemeinschaft genießen, die sie während ihres bisherigen Lebens nicht durch Beitragszahlungen unterstützt haben“, schreiben Stefan Greß, Anke Walendzik und Jürgen Wasem vom Lehrstuhl für Medizinmanagement der Universität Duisburg-Essen in einer Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung. Der Haken: Niemand fragt danach, ob ein Student sein Pensem langsamer schafft, weil er jobben muss. Wer unfreiwillig arbeitslos wird und zeitweise versucht, sich mit (schein-)selbstständigen Kleinjobs über Wasser zu halten, kann unter Umständen nie mehr in die gesetzliche Krankenversicherung zurück.

Noch sind es wenige, die durch das Raster eines Systems fallen, das auf Normarbeitsverhältnis und Familienversicherung basiert. „Über 99 Prozent der Bevölkerung in Deutschland“ seien noch krankenversichert, schreibt das Forscher-Team. Doch die Folgen davon, dass immer weniger Biografien gradlinig verlaufen, sind nicht zu übersehen: 1995 waren 105.000 Menschen gar nicht krankenversichert, 2003 waren es bereits 188.000.

Überdurchschnittlich betroffen sind vor allem Ärmere mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.100 Euro im Mo-

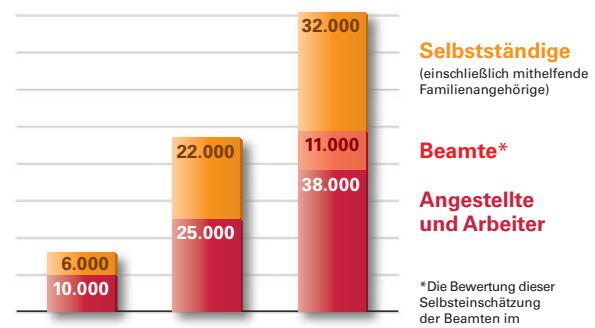
Ohne Versicherung leben: Der Kreis der Betroffenen ändert sich

Personen ohne Krankenversicherung

Erwerbstätige	Erwerbslose	Nichterwerbspersonen
1991 52.000	14.000	339.000
1995 21.000	8.000	77.000
1999 51.000	18.000	80.000
2003 81.000	29.000	78.000

Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes 2004 | © Hans-Böckler-Stiftung 2004

Immer mehr Erwerbstätige sind ohne Krankenversicherung



Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes 2004; Rundungen führen zu Differenzen gegenüber der Gesamtzahl der Erwerbstätigen | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

*Die Bewertung dieser Selbstschätzung der Beamten im Mikrozensus ist unklar, da der größte Teil ihrer Gesundheitskosten vom Arbeitgeber finanziert wird.

nat. Auch Geschiedene und Ausländer stehen häufiger ohne Versicherung da. Denn wer keine gesetzliche Krankenversicherung bekommt, kann sich nur noch privat absichern. Bei den Privaten richtet sich der Tarif jedoch nicht nach dem Einkommen, sondern nach dem individuellen Risiko: Wer alt ist oder eine lange Krankengeschichte hat, zahlt mehr oder wird gar nicht genommen.

Manche und mancher lässt es aus finanzieller Not darauf ankommen und verzichtet auf Vorsorge-Untersuchungen und die Behandlung kleinerer Krankheiten. Bis zum bitteren Ende: Notfälle darf kein Arzt ablehnen, auch wenn er auf den Kosten sitzen bleibt. Studien aus den USA zeigen: Nichtversicherte werden öfter krank und sterben früher. Und auch der Rest lebt gefährlicher: eine „zurückgehende Impfpräferenz oder Verbreitung nicht behandelter ansteckender Erkrankungen in der Bevölkerung“ ist die Folge. Das befürchten Greß, Walendzik und Wasem auch für Deutschland.

Mögliche Auswege? Eine „Versicherungspflicht für die gesamte Wohnbevölkerung“ würde das Problem „sehr wirkungsvoll und umfassend lösen“. Diese Maßnahme dürfte jedoch nur schwer durchzusetzen sein. Alternativ könnte der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung für einzelne Personengruppen vorgeschrieben oder erleichtert werden. Außerdem könnte den Privaten verboten werden, Versicherungsnehmer abzulehnen. Doch das ginge nicht ohne einen „Eingriff in die Prämienkalkulation – im Extremfall bis hin zum Verbot der Kalkulation von risikobezogenen Prämien“, analysieren die Forscher. ▶

* Quelle: Stefan Greß, Anke Walendzik, Jürgen Wasem: Nichtversicherte Personen im Krankenversicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland – Bestandsaufnahme und Lösungsmöglichkeiten, Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung, Oktober 2005

Download unter www.boecklerimpuls.de